

Kleine Anfrage

des Abg. Siegfried Lorek CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

**Maßnahmen gegen Diskriminierung bei der Polizei
in Baden-Württemberg**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten haben Betroffene, um sich gegen Diskriminierung durch Behörden des Landes Baden-Württemberg, speziell auch durch die Polizei, zu wehren?
2. Wie viele Diskriminierungsbeschwerden wurden in den letzten fünf Jahren jährlich gegen die Polizei des Landes Baden-Württemberg erhoben (mit getrennter Darstellung nach Polizeipräsidien)?
3. Was war jeweils der Anlass der Beschwerden über eine diskriminierende Handlung durch die Polizei unter Darlegung, wie die Beschwerden jeweils beschieden wurden und welche Konsequenzen sie nach sich zogen?
4. Wie viele Einsätze wurden in den letzten fünf Jahren von der Polizei in Baden-Württemberg jährlich durchgeführt (aufgeschlüsselt nach Polizeipräsidien)?
5. Welche Möglichkeiten bestehen innerhalb der Polizei für Beamtinnen und Beamte, um sich gegen Diskriminierung zu wehren, unter Angabe, ob es in den letzten fünf Jahren entsprechende Fälle gab?
6. Wie und in welchem Umfang werden Rassismus und Diskriminierung in der polizeilichen Aus- und Fortbildung behandelt?
7. Welche weiteren Maßnahmen unternimmt oder plant die Landesregierung, um eine etwaige Diskriminierung durch die Polizei sowie innerhalb der Polizei aufzuarbeiten und um solchen Fällen vorzubeugen?
8. Teilt die Landesregierung die Aussage der SPD-Bundesvorsitzenden Saskia Esken MdB, „Auch in Deutschland gibt es einen latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte (...)“?

Eingegangen: 10. 06. 2020 / Ausgegeben: 16. 07. 2020

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

9. Teilt die Landesregierung den Eindruck der Bürgerbeauftragten Beate Böhlen im Artikel der Stuttgarter Nachrichten vom 10. Juni 2020 mit dem Titel „Wie viel Rassismus gibt es bei der Polizei?“, dass das Problem bei der Stuttgarter Polizei größer sei als in anderen Städten des Landes?
10. Inwiefern ist aus Sicht der Landesregierung das von der Aussage der Bürgerbeauftragten implizierte Rassismus-Problem bei der Polizei vorhanden?

10.06.2020

Lorek CDU

Begründung

Die Kleine Anfrage soll einen Sachstand über Diskriminierungsbeschwerden gegen die Polizei des Landes liefern und klären, was die Polizei in Baden-Württemberg unternimmt, um Rassismus und Diskriminierung vorzubeugen.

Antwort

Mit Schreiben vom 3. Juli 2020 Nr. 3-0141-5/2/374 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welche Möglichkeiten haben Betroffene, um sich gegen Diskriminierung durch Behörden des Landes Baden-Württemberg, speziell auch durch die Polizei, zu wehren?*

Zu 1.:

In formellen Verwaltungsverfahren können Widerspruchsverfahren und Klageverfahren angestrebt werden mit der Begründung, durch die Verwaltungsentscheidung im Gleichheitsgrundsatz nach Art. 3 GG verletzt worden zu sein. Daneben haben Betroffene auch die Möglichkeit der Erhebung einer Rechts-, Fach- oder Dienstaufsichtsbeschwerde.

Das Land Baden-Württemberg verfügt zudem seit 2016 über einen Bürgerbeauftragten bzw. eine Bürgerbeauftragte, der oder die in der Ausübung dieses Amtes unabhängig, weisungsfrei und nur dem Gesetz unterworfen ist (vgl. Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg vom 23. Februar 2016 – BürgBG BW, GBl. 2016, S. 151). Der oder die Bürgerbeauftragte hat eine besondere Zuständigkeit für die Polizei. Zum einen ist er oder sie Anlaufstelle für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und zum anderen zentrale(r) Ansprechpartner/-in und vermittelnde(r) Interessenvertreter/-in von Bürgerinnen und Bürgern, wenn diese ein mögliches, persönliches Fehlverhalten einzelner Polizeibeamtinnen oder -beamter zur Kenntnis geben oder die Rechtswidrigkeit einer polizeilichen Maßnahme behaupten. In begründet erscheinenden Fällen kann der Vorgang der für die Einleitung eines Straf- oder Disziplinarverfahrens zuständigen Stelle unter Mitteilung der gewonnenen Erkenntnisse zugeleitet werden.

Darüber hinaus hat das Land Baden-Württemberg im November 2018 die Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg (LADS) im Ministerium für Soziales und Integration neu eingerichtet. Die LADS arbeitet als Erst-Anlaufstelle für Betroffene. Grundsätzlich können sich alle von Diskriminierung betroffenen Personen an die LADS wenden. Die LADS arbeitet auf der Grundlage aller

Vorschriften, die im öffentlichen Recht, Zivil- und Strafrecht vor Diskriminierung schützen. Dazu zählen bspw. das Grundgesetz, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das Chancengleichheitsgesetz des Landes Baden-Württemberg oder auch „allgemeine“ Vorschriften wie z. B. § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Sittenwidrigkeit).

2. *Wie viele Diskriminierungsbeschwerden wurden in den letzten fünf Jahren jährlich gegen die Polizei des Landes Baden-Württemberg erhoben (mit getrennter Darstellung nach Polizeipräsidien)?*

3. *Was war jeweils der Anlass der Beschwerden über eine diskriminierende Handlung durch die Polizei unter Darlegung, wie die Beschwerden jeweils beschieden wurden und welche Konsequenzen sie nach sich zogen?*

Zu 2. und 3.:

Zur Beantwortung der Anfrage wurden die Dienststellen um Stellungnahme gebeten. Aus der nachfolgenden Tabelle können die mitgeteilten Diskriminierungsvorfälle gegenüber der Landespolizei im Zusammenhang mit polizeilichen Maßnahmen vom Januar 2015 bis Juni 2020 entnommen werden. Die Meldungen beziehen sich auf die jeweils im Zeitpunkt des Vorfalles bestehenden örtlichen Zuständigkeiten der regionalen Polizeipräsidien. Sofern der diskriminierende Vorwurf den Anfangsverdacht einer Straftat beinhaltet, wurde der Sachverhalt an die zuständige Staatsanwaltschaft weitergeleitet. In der nachfolgenden Tabelle werden die eingeleiteten Disziplinarverfahren nicht erfasst.

Nr.	Dienststelle	Jahr	Vorwurf	Ergebnis Prüfung	Konsequenz
1	PP S	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
2	PP S	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
3	PP S	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
4	PP S	2016	Kein barrierefreier Zugang zum PP	Vorbringen berechtigt	Unterstützung Betroffener
5	PP S	2016	Diskriminierung Geschlecht	Vorbringen berechtigt	Mitarbeitergespräch
6	PP S	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
7	PP S	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
8	PP S	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
9	PP S	2017	Diskriminierung eines Obdachlosen	Verdacht nicht bestätigt	keine
10	PP S	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
11	PP S	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
12	PP S	2018	Diskriminierung aufgrund Behinderung	Verdacht nicht bestätigt	keine
13	PP S	2018	Diskriminierung aufgrund Tätowierung	Verdacht nicht bestätigt	keine
14	PP S	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
15	PP S	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
16	PP S	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Tippfehler in Dokument	keine
17	PP S	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
18	PP S	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
19	PP S	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
20	PP S	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
21	PP S	2020	Diskriminierung aufgrund Behinderung	Verfahren dauert noch an	offen
22	PP S	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen

Nr.	Dienststelle	Jahr	Vorwurf	Ergebnis Prüfung	Konsequenz
23	PP MA	2015	Diskriminierung aufgrund Religion	Verdacht nicht bestätigt	keine
24	PP MA	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
25	PP MA	2015	Diskriminierung aufgrund Behinderung	Verdacht bestätigt	Erstattung Kosten
26	PP MA	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht bestätigt	Mitarbeitergespräch
27	PP MA	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
28	PP MA	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
29	PP MA	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
30	PP MA	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
31	PP MA	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
32	PP MA	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht bestätigt	Mitarbeitergespräch
33	PP MA	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Situation nicht aufklärbar	Mitarbeitergespräch
34	PP MA	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
35	PP MA	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
36	PP MA	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
37	PP MA	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
38	PP MA	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
39	PP MA	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
40	PP MA	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
41	PP MA	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
42	PP MA	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
43	PP MA	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
44	PP MA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
45	PP MA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
46	PP MA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Situation nicht aufklärbar	keine
47	PP MA	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
48	PP MA	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Situation nicht aufklärbar	Gespräch Revierleiter mit der/dem Betroffenen
49	PP HN	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
50	PP HN	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
51	PP HN	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
52	PP HN	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
53	PP HN	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	Gespräch Revierleiter mit der/dem Betroffenen
54	PP HN	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
55	PP HN	2020	Diskriminierung aufgrund Alter	Verdacht nicht bestätigt	Gespräch Revierleiter mit der/dem Betroffenen
56	PP HN	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht bestätigt	Mitarbeitergespräch
57	PP HN	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
58	PP KA	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
59	PP KA	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
60	PP KA	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
61	PP KA	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
62	PP KA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
63	PP KA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
64	PP KA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
65	PP KA	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
66	PP LB	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
67	PP LB	2016	Diskriminierung aufgrund Behinderung	Verdacht nicht bestätigt	keine
68	PP LB	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	Gespräch wurde von der/dem Betroffenen abgelehnt
69	PP LB	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
70	PP LB	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
71	PP LB	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
72	PP LB	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine

Nr.	Dienststelle	Jahr	Vorwurf	Ergebnis Prüfung	Konsequenz
73	PP LB	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
74	PP LB	2018	Diskriminierung Geschlecht	Verdacht nicht bestätigt	keine
75	PP LB	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
76	PP LB	2018	Diskriminierung aufgrund Alter	Verdacht nicht bestätigt	keine
77	PP LB	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
78	PP LB	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
79	PP LB	2020	Diskriminierung aufgrund Krankheit	Verdacht nicht bestätigt	Klärendes Gespräch mit der/dem Betroffenen
80	PP LB	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
81	PP LB	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
82	PP LB	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
83	PP AA	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
84	PP AA	2015	Diskriminierung aufgrund Behinderung	Verdacht bestätigt	Schreiben an Geschädigten
85	PP AA	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
86	PP AA	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
87	PP AA	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
88	PP AA	2018	Allgemeine Diskriminierung	Verdacht nicht bestätigt	keine
89	PP AA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
90	PP AA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
91	PP AA	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
92	PP AA	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht bestätigt	Täter-Opfer-Ausgleich
93	PP OG	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
94	PP OG	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
95	PP OG	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
96	PP OG	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
97	PP OG	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
98	PP OG	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
99	PP OG	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
100	PP OG	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
101	PP OG	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
102	PP RT	2015	Allgemeine Diskriminierung	Verdacht nicht bestätigt	keine
103	PP RT	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
104	PP RT	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
105	PP RT	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
106	PP RT	2017	Allgemeine Diskriminierung	Verdacht nicht bestätigt	keine
107	PP RT	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
108	PP RT	2017	Allgemeine Diskriminierung	Verdacht nicht bestätigt	keine
109	PP RT	2017	Allgemeine Diskriminierung	Verdacht nicht bestätigt	keine
110	PP RT	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
111	PP RT	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
112	PP RT	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
113	PP RT	2018	Allgemeine Diskriminierung	Verdacht nicht bestätigt	keine
114	PP RT	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
115	PP RT	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
116	PP RT	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
117	PP RT	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
118	PP RT	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
119	PP UL	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
120	PP UL	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
121	PP UL	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	Gespräch mit Einsenderin
122	PP FR	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
123	PP FR	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
124	PP FR	2016	Diskriminierung sexuelle Ausrichtung	Verdacht nicht bestätigt	keine

Nr.	Dienststelle	Jahr	Vorwurf	Ergebnis Prüfung	Konsequenz
125	PP FR	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
126	PP FR	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
127	PP FR	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
128	PP FR	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
129	PP FR	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
130	PP FR	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
131	PP FR	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
132	PP FR	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
133	PP FR	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
134	PP FR	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
135	PP FR	2019	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
136	PP FR	2020	Allgemeine Diskriminierung	Verfahren dauert noch an	offen
137	PP FR	2020	Allgemeine Diskriminierung	Verfahren dauert noch an	offen
138	PP KN	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
139	PP KN	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
140	PP KN	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
141	PP KN	2015	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
142	PP KN	2015	Allgemeine Diskriminierung	Verdacht nicht bestätigt	keine
143	PP KN	2016	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
144	PP KN	2017	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
145	PP KN	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
146	PP KN	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
147	PP KN	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
148	PP KN	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
149	PP KN	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
150	PP RV	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
151	PP RV	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine
152	PP RV	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Petition eingelegt	offen
153	PP RV	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Petition eingelegt	offen
154	PP Einsatz	2020	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verfahren dauert noch an	offen
155	LKA	2018	Diskriminierung ethnischer Herkunft	Verdacht nicht bestätigt	keine

Insgesamt sind in den Polizeidienststellen 155 Beschwerden eingegangen, in denen der Vorwurf einer diskriminierenden Handlung erhoben wurde. In den überwiegenden Fällen wurde der Vorwurf einer diskriminierenden Handlung aufgrund der ethnischen Herkunft erhoben. In 123 Fällen hat sich nach Prüfung des Sachverhalts der jeweilige Vorwurf nicht erhärtet. In 15 Fällen wurden an die Beschwerden Folgemaßnahmen geknüpft. Derzeit noch nicht beschieden sind 17 Beschwerdeverfahren.

Über 160 Betroffene haben sich seit deren Gründung (2018) direkt an die Antidiskriminierungsstelle des Landes (LADS) gewandt. Bei etwa 10 % der Anfragen, die im Jahr 2019 an die LADS gerichtet worden sind, handelte es sich laut Selbstauskunft der ratsuchenden Personen um Fälle von Diskriminierungen im Zusammenhang mit einem Kontakt mit Behörden bzw. staatlichen Stellen. Für das Jahr 2020 verzeichnet die LADS einen bislang starken Anstieg der an sie gerichteten Beratungsanfragen. Bis zum 30. Juni 2020 gingen bei der LADS insgesamt 88 Beratungsanfragen ein. Im laufenden Jahr ging (mit Verweis auf die Selbstauskunft der ratsuchenden Personen) in ca. 20 % der Beratungsanfragen die angezeigte Diskriminierung von Beschäftigten staatlicher Stellen aus. Dies umfasst auch Fälle, in denen Ratsuchende (darunter sowohl Mitglieder der Polizei als auch Bürgerinnen und Bürger) berichten, von Angehörigen der Polizei diskriminiert worden zu sein.

4. *Wie viele Einsätze wurden in den letzten fünf Jahren von der Polizei in Baden-Württemberg jährlich durchgeführt (aufgeschlüsselt nach Polizeipräsidien)?*

Zu 4.:

Eine zentrale Erfassung aller polizeilichen Einsatzmaßnahmen findet nicht statt. Zur Disposition von Einsätzen greift die Polizei Baden-Württemberg u. a. auf Einsatzleitsysteme (ELS) in den Führungs- und Lagezentren zurück. Die dort enthaltenen Einsatzdaten stellen jedoch nur eine Teilmenge des tatsächlichen Einsatzaufkommens dar und weisen – auch aufgrund erfassungsbedingter Verzerrungsfaktoren sowie der Änderung der äußeren Aufbauorganisation der Polizei Baden-Württemberg im Rahmen der Polizeistruktur 2020 – nur eine begrenzte Aussagekraft auf. Gleichwohl können diese Daten in einer Gesamtschau als Anhaltspunkt herangezogen werden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass darüber hinaus täglich zahlreiche Bürgerkontakte (bspw. bei allg. Verkehrskontrollen) und kleinere Einsatzmaßnahmen stattfinden, die nicht statistisch erfasst werden. Aufgrund von Löschfristen liegen dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration rückblickend nur Statistiken bis zum 1. Januar 2018 vor.

Jahr 2018	
Polizeipräsidium	Anzahl disponierter Einsätze im ELS
Aalen	124.518
Freiburg	162.478
Heilbronn	123.506
Karlsruhe	132.915
Konstanz	141.789
Ludwigsburg	144.651
Mannheim	227.609
Offenburg	116.156
Pforzheim	82.735
Reutlingen	184.383
Ravensburg	82.923
Stuttgart	215.623
Ulm	142.775
Einsatz	21.621
Summe	1.903.682

Jahr 2019	
Polizeipräsidium	Anzahl disponierter Einsätze im ELS
Aalen	126.023
Freiburg	165.308
Heilbronn	124.500
Karlsruhe	155.876
Konstanz	144.593
Ludwigsburg	140.697
Mannheim	218.091
Offenburg	115.055
Pforzheim	89.174
Reutlingen	184.873
Ravensburg	84.622
Stuttgart	216.935
UIm	148.128
Einsatz	23.751
Summe	1.937.626

1. Januar bis 31. Mai 2020	
Polizeipräsidium	Anzahl disponierter Einsätze im ELS
Aalen	56.559
Freiburg	73.755
Heilbronn	51.194
Karlsruhe	68.496
Konstanz	57.054
Ludwigsburg	61.031
Mannheim	92.930
Offenburg	49.180
Pforzheim	45.727
Reutlingen	79.583
Ravensburg	50.476
Stuttgart	91.962
UIm	56.437
Einsatz	12.658
Summe	847.042

5. Welche Möglichkeiten bestehen innerhalb der Polizei für Beamtinnen und Beamte, um sich gegen Diskriminierung zu wehren, unter Angabe, ob es in den letzten fünf Jahren entsprechende Fälle gab?

Zu 5.:

Betroffene Beamtinnen und Beamte können sich zunächst an ihre Vorgesetzten, die Personalvertretungen sowie die Beauftragten für Chancengleichheit und gegebenenfalls die Schwerbehindertenvertretung ihrer Polizeidienststellen oder Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst wenden. Zu jedem Zeitpunkt haben Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte darüber hinaus die Möglichkeit, sich mit beson-

ders geschulten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern über das bestmögliche Vorgehen im Falle diskriminierender Vorkommnisse – innerhalb und außerhalb der Polizei – abzustimmen und sich im Hinblick auf die damit einhergehenden psychischen und physischen Belastungen unterstützen zu lassen. Zu diesem Zweck verfügt die Landespolizei Baden-Württemberg bei allen Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst über mindestens eine hauptamtliche Psychosoziale Beraterin oder einen hauptamtlichen Psychosozialen Berater (PSB) sowie weitere nebenamtliche PSB, die ihren Kolleginnen und Kollegen sowohl in akuten Lagen, als auch langfristig als Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen. Die PSB agieren auch als Konfliktberaterinnen bzw. Konfliktberater und können, sofern gewünscht, vermittelnd tätig werden.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit des vertraulichen Austauschs mit kirchlichen Polizeiseelsorgerinnen und Polizeiseelsorgern, welche der beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen.

Eine statistische Erhebung, in wie vielen Fällen Beratungsgespräche aufgrund diskriminierender Vorkommnisse geführt werden, findet nicht statt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Ziffer 1 verwiesen.

6. Wie und in welchem Umfang werden Rassismus und Diskriminierung in der polizeilichen Aus- und Fortbildung behandelt?

Zu 6.:

Damit Rassismus und Diskriminierung in die polizeiliche Arbeit auch weiterhin keinen Eingang finden, werden allen Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter bereits im Rahmen der Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst sowie im Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst durch praxisbezogene Lehre, unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden, die soziale Kompetenz sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die zur gesetzeskonformen Erfüllung der vielfältigen Aufgaben in der jeweiligen Laufbahn des Polizeivollzugsdienstes erforderlich sind. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Persönlichkeitsbildung zukünftiger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gelegt. Auf diese Weise werden sie gezielt auf die besondere Verantwortung vorbereitet, welche ihnen in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zukommt. Das Ziel der Ausbildung unserer Polizei ist die Gewährleistung maximaler Sicherheit sowie der stets gerechte und vertrauensvolle Umgang mit allen Bürgerinnen und Bürgern.

Zu diesem Zweck werden im Fach Psychologie, im Zusammenhang mit der sozialen Wahrnehmung, die Themen Vorurteile und Stereotypen sowie die damit einhergehende Problematik des Rassismus und auch des „Racial Profiling“ behandelt. Dabei geht es um den theoretischen Hintergrund und den adäquaten Umgang mit unvollständigen sozialen Einstellungen, um diese nicht handlungswirksam werden zu lassen. Den angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wird vermittelt, dass der Kontakt mit anderen Kulturen die Neigung zu Vorurteilen und diskriminierenden Verhaltensweisen reduziert und gerade deshalb der Tatsache, dass auch viele der jungen Kolleginnen und Kollegen ihre Wurzeln außerhalb Deutschlands haben, eine hohe Bedeutung zukommt. An die Thematik angeknüpft wird auch in Lehrstunden zum „Umgang mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern“. In diesen werden den angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Kenntnisse über den Akkulturationsprozess und die mit ihm verbundenen sozialen Phänomene vermittelt. Auch im Fach Berufsethik wird die Thematik interkulturelle Kompetenz behandelt. Inhalt der Vorlesungen sind die weitergehende Reflexion von Praxiserfahrungen hinsichtlich der Begegnung von Polizei und Migrantinnen und Migranten, die differenzierte Auseinandersetzung mit Diskriminierungsvorwürfen und die Sensibilisierung für stereotype Wahrnehmungs- und Einstellungsmuster. Ziel ist die Stärkung sozialer und kommunikativer Kompetenz für die angemessene und zielführende Gestaltung interkultureller Begegnungssituationen.

Neben der Stärkung von Schlüsselqualifikationen wie Urteils- oder Kritikfähigkeit erfolgt im Rahmen der polizeilichen Ausbildung gleichzeitig die Abgrenzung

zu unerwünschtem, inadäquatem Verhalten oder Auftreten. Das gilt sowohl für diskriminierendes oder rassistisches Auftreten nach außen in Form von Intoleranz gegenüber bestimmten Gruppierungen und Minderheiten, als auch für das Innenverhältnis und hier an den Tag gelegte Verhaltensweisen wie Aggression, Mobbing oder falsch verstandener Korpsgeist.

Im Rahmen von situativen Handlungstrainings wird das theoretisch Gelernte praxisbezogen angewandt. Die Auszubildenden werden auch hier dahingehend sensibilisiert, dass polizeiliche Maßnahmen nicht von der Nationalität oder der ethnischen Herkunft einer Person abhängig gemacht werden dürfen, sondern in jedem Einzelfall nach objektiven Kriterien zu erfolgen haben.

Im Rahmen der Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst sind für die Vermittlung der oben genannten Inhalte neun theoretische sowie 12 praxisbezogene Unterrichtsstunden vorgesehen, in der Vorausbildung und im Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst 12 Unterrichts- bzw. Vorlesungsstunden, dazu fünf Stunden im Selbststudium und sechs praxisbezogene Unterrichtsstunden. Nach der Ausbildung fließt das Thema in das regelmäßig zu absolvierende Einsatztraining bei den örtlichen Polizeidienststellen ein bzw. wird auch anlassbezogen aufgegriffen.

Weiterhin wird unter anderem im Seminar „Führung und Zusammenarbeit“ ausführlich die Verantwortung von Führungskräften für die Entwicklung der Organisationskultur behandelt. Es wird dargestellt, dass es von hoher Bedeutung ist, die Organisationskultur und Werthaltungen aktiv zu gestalten. Im täglichen Dialog ist stets dafür Sorge zu tragen, dass die Achtung der Menschenwürde, die Orientierung an Recht und Gesetz und politische Neutralität respektiert und aktiv gelebt werden. Ziel ist es, rassistische und diskriminierende Tendenzen nicht nur zu erkennen, sondern bereits deren Entstehung zu unterbinden. Die Grundlage hierfür bildet die Schaffung einer positiven, von Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz geprägten Organisations- und Führungskultur, welche im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses auch eine positive Fehlerkultur pflegt. Die Grundausrichtung des Handelns soll sich dabei nicht nur an Gesetzen und Vorschriften, sondern auch an ethisch-moralischen Grundwerten ausrichten. Das für die Polizei Baden-Württemberg definierte Leitbild „Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt“ spiegelt diese Einstellung wider. In den vergangenen beiden Jahren haben insgesamt 151 Führungskräfte des gehobenen und höheren Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei sowie der Verwaltung an dem Seminar teilgenommen.

Darüber hinaus werden die Themen Rassismus und Diskriminierung in zahlreichen weiteren Fortbildungsangeboten aufgegriffen, beispielsweise im Rahmen der Lehrgänge „Interkulturelle Kompetenz – Zusammenarbeit mit Moscheevereinen“, „Multikulturalität und Konfliktpotenziale im täglichen Dienst“, „Respect for diversity“, oder „Extremismusprävention“.

7. Welche weiteren Maßnahmen unternimmt oder plant die Landesregierung, um eine etwaige Diskriminierung durch die Polizei sowie innerhalb der Polizei aufzuarbeiten und um solchen Fällen vorzubeugen?

Zu 7.:

Herr Minister Strobl hat bereits am 10. Juni 2020 entschieden, dass alle entsprechenden Disziplinarverfahren und Beschwerdeeingaben ab 1. Januar 2015 unter der Leitung des Inspektors der Polizei zu überprüfen und aufzuarbeiten sind. In diesem Zusammenhang wird auch eine Optimierung der seit 2015 geführten Disziplinarstatistik erfolgen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

8. Teilt die Landesregierung die Aussage der SPD-Bundesvorsitzenden Saskia Esken MdB, „Auch in Deutschland gibt es einen latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte (...)“?
9. Teilt die Landesregierung den Eindruck der Bürgerbeauftragten Beate Böhlen im Artikel der Stuttgarter Nachrichten vom 10. Juni 2020 mit dem Titel „Wie viel Rassismus gibt es bei der Polizei?“, dass das Problem bei der Stuttgarter Polizei größer sei als in anderen Städten des Landes?
10. Inwiefern ist aus Sicht der Landesregierung das von der Aussage der Bürgerbeauftragten implizierte Rassismus-Problem bei der Polizei vorhanden?

Zu 8., 9. und 10.:

Die Polizei Baden-Württemberg steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes und der Landesverfassung und hat das Vertrauen der Landesregierung.

Konkretes Fehlverhalten von Polizistinnen und Polizisten wird mit dem bestehenden Instrumentarium des Disziplinar-, Straf- und Amtshaftungsrechts konsequent geahndet. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration sieht jedoch keinerlei Grundlage, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei des Landes Baden-Württemberg unter einen Generalverdacht, gleich welcher Art, zu stellen.

In Vertretung

Klenk

Staatssekretär